

Presseinformation



Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503
Fax: 0431 / 988 - 1501
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 294.11 / 25.05.2011

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 1 Aktuelle Stunde – Steuer- und haushaltspolitische Konsequenzen aus der jüngsten Steuerschätzung

Dazu sagt die finanzpolitische Sprecherin
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

Monika Heinold

Keine Entwarnung trotz Steuermehreinnahmen

Finanzminister Wiegard hat die Entwicklung der Steuereinnahmen in seiner Pressemitteilung anschaulich dargestellt. So erholt sich Deutschland scheinbar schneller von der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise als erwartet und die konjunkturell bedingten Steuerbrüche gehen zurück. Wenn es so kommt wie prognostiziert, werden Land und Kommunen 2012 genauso viel Steuern einnehmen wie 2008. Damit fehlen die durchschnittlichen Einnahmesteigerungen in Höhe von zirka 2,5 Prozent jährlich für vier Jahre. Die Ausgaben im Landeshaushalt sind in dieser Zeit um zirka 1,1 Prozent jährlich gestiegen – die Lücke ist also größer geworden.

An den Zahlen wird deutlich, wie sehr die Wirtschaftskrise die öffentlichen Kassen ins Minus gezogen hat und wie unverantwortlich die milliardenschweren Spekulationsgeschäfte von Banken und anderen gewinn gierigen Akteuren waren. Weder die USA noch Europa haben das Tal der Finanz- und Wirtschaftskrise endgültig durchschritten: Die Entwicklung des Euros ist nicht absehbar, die Auswirkung der Haushaltskrisen in Griechenland, Spanien, Portugal und anderen Euro-Länder sind schwer einschätzbar.

Das bedeutet: Die Steuerschätzung ist vorerst nur eine Prognose. Sie ist keine Einladung, den Konsolidierungskurs zu verlassen. Schleswig-Holstein hat schwierige Jahre vor sich. Die Steuermehreinnahmen glätten das konjunkturelle Defizit, das strukturelle Defizit im Landeshaushalt, geschweige denn der Schuldenberg, sind damit aber nicht verschwunden. Deshalb ist auch jede Debatte über Steuersenkungen völlig fehl am Platz.

Wer – wie die FDP im Bund – angesichts dieser Realität erneut Steuersenkungen fordert, der bewegt sich fernab der finanzpolitischen Situation in Ländern und Kommunen. Und: Wer mit finanziellen Versprechen in den Landtagswahlkampf geht, muss die Gegenfinanzierung mit auf den Tisch legen. Das gilt auch für das Versprechen der SPD, den kommunalen Finanzausgleich bis 2015 um 120 Millionen Euro wieder aufzustocken.

Ziel Grüner Politik ist es, die Schuldenbremse einzuhalten, Wachstum durch eine qualitative Weiterentwicklung unseres Landes zu erreichen. Wir müssen in Bildung investieren und einen sozialen Kahlschlag verhindern. Wir wollen Umschichtungen innerhalb des vorgegebenen Rahmens vornehmen, beispielsweise durch eine andere Schwerpunktsetzung innerhalb der EU Programme.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Steuerschätzung hilft, den eingeschlagenen Weg weiterzugehen, aber sie löst nicht unser Haushaltsproblem. Schleswig-Holstein braucht nach wie vor die Unterstützung des Bundes, um mehr in Bildung investieren zu können und um die Altschulden in Griff zu bekommen. Außerdem muss ich die Landesregierung aktiv für eine stärkere Besteuerung hoher Privatvermögen einsetzen. Um unseren Sozialstaat finanzieren zu können, müssen starke Schultern mehr stemmen als bisher.

Auf Deutschland rollt eine Erbschaftswelle zu. So konnten wir erst vor wenigen Wochen lesen, dass ein Prozent der deutschen Kinder in den kommenden Jahrzehnten ein Viertel des gesamten Vermögens in Deutschland erbt. Ein Drittel aller Kinder wird hingegen von seinen Eltern gar nichts erben. Wer den Sozialstaat erhalten will, muss hohe Privatvermögen stärken besteuern, in Bildung investieren und Chancengleichheit gewährleisten.

Herr Ministerpräsident, beim Wachstumsbeschleunigungsgesetz sind Sie mit lautem Getöse nach Berlin gefahren und mit leeren Händen zurückgekommen. Schleswig-Holstein und seine Kommunen zahlen für diese misslungene Mission Jahr für Jahr 120 Millionen Euro. Geld, welches uns an allen Ecken und Enden fehlt.

Wir Grüne sagen Ja zum Konsolidierungskurs – aber nur, wenn keine weiteren Steuer geschenke stattfinden und wenn Gerechtigkeit der Maßstab zukünftiger Finanzpolitik ist.
